



Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in der Weihnachtszeit und zum anstehenden Jahreswechsel gehört er schon zum festen TV-Programm und zu den Berichterstattungen in den Medien – der Rückblick. Dabei gibt es viele Menschen, die nur ungern das Jahr Revue passieren lassen möchten. Die Fortsetzung der Pandemie ohne sichtbares Ende, Unwetter- und Naturkatastrophen – teilweise unbekanntes Ausmaßes, und vielfach Sorgen, Nöte und Leid, die unser Leben immer wieder belasten und erschüttern. Das gilt auch für den schwierigen Berufsalltag in der Polizei. Ein Grund, um an all diejenigen zu denken, die nicht auf der

„Sonnenseite“ des Lebens standen und stehen. Ein Grund auch, an all diejenigen zu denken, die mit ihrer Hilfe, ihrer Unterstützung, ihrem uneigennützigem Handeln selbstlos da sind, wo Worte fehlen, und da Hand anlegen, wo es erforderlich ist. Und solche, die mit ihrer finanziellen Gabe Möglichkeiten schaffen, die man mit finanziellen Mitteln lindern kann.

► Gut, dass es sie alle gibt!

Ich möchte mich persönlich und im Namen der Deutschen Polizeigewerkschaft bei all diesen Menschen für ihre Unterstützung bedanken. Mit einer überwältigenden Summe von mehreren Zehntausend Euro haben Kolleginnen und Kollegen die Spendenaktion für die DPoIG-Stiftung unterstützt. Auch wenn bei mehr als 200 betroffenen Kolleginnen und Kollegen es nicht leicht wird, die Aufenthalte in unserer Stiftung zu organisieren, ist das ein tolles Zeichen der Verbundenheit. Vielen Dank auch an unsere DPoIG-Stiftung und deren Team.

Das Jahr 2021 hatte viele Überraschungen im Gepäck. Wer hätte erwartet, wie sich die

Politik und manche Politiker wandeln? Wer hätte erwartet, dass wir eine Inflation diesen Ausmaßes erleben, die gerade unseren Kolleginnen und Kollegen in den unteren Tarifgruppen den Lebensunterhalt so erschwert? Wer hätte erwartet, dass ein Lachen an der falschen Stelle, Schludrigkeit beim Lebenslauf oder ruhige und gelassene Zurückhaltung trotz größter Skandale solche Wahlergebnisse zaubern? Wer hätte erwartet, dass es nicht nur das Geld ist, was dringend notwendige Baumaßnahmen in der Polizei verhindert? Wer hätte erwartet, dass die profitgierige Gewinnmaximierung und das Überlassen höchster Marktanteile an undemokratische und menschenverachtenden Staatsgebilde unser Leben so stark beeinflussen? Oder hätte man all dies oder zumindest manches bei guter Überlegung erkennen können?

In den letzten Wochen denke ich oft an einen Vortrag zurück, in dem ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter wortreich und mit großem Wahrheitsgehalt Versäumnisse der vergangenen Jahre und deshalb Begründungen für die aktuelle Situation gegeben hat. Am Ende bleibt die Frage, was er persönlich mit all seiner politischen Macht getan oder nicht getan hat.



► Ralf Kusterer

Vielleicht ist es aber gerade deshalb wichtig, dass wir unabhängig von all diesen politischen Entwicklungen und Bewertungen selbst so handeln, dass wir uns am Ende selbst nicht fragen müssen, warum wir das nicht gemacht oder jenes getan haben. Und sei es nur in unserem persönlichen Umfeld. Vielleicht ist es nicht immer das ganz Große, was wir erreichen und schaffen. Aber es ist oft die Freude, es sind die glänzenden Augen, die Tränen der Rührung, die warmen Hände des Dankes, wenn wir anderen Menschen eine Freude tun, sie unterstützen, beschenken, ihnen helfen und manchmal einfach auch nur so für sie da sind.

bleiben Sie behütet.

Ihr Ralf Kusterer

Inhalt

- 2 JHV KV Baden-Baden/
Rastatt/Bühl
- 3 Intensiver Austausch –
DPoIG mit Staatssekretär
Wilfried Klenk
- 4 Spitzengespräch der DPoIG
mit der Fraktionsspitze der
Grünen
- 6 Martin Schuler in den
Ruhestand verabschiedet
- 7 Bezirkstagung KV Konstanz
– Andreas Herzog zum neuen
Vorsitzenden gewählt
- 8 Trauer um Edgar (Eddy)
Backhaus



► Edmund Schuler, Daniel Hoffmann, Jürgen Engel, Natascha Hildenbrand, Ralf Kusterer, Sarah Leinert, Daniel Jungwirth, Dirk Preis, Marion Rothmund, Oliver Auras (von links)

Weihnachts- und Neujahrsgriße des Geschäftsführenden Landesvorstandes

Allen DPoIG-Mitgliedern, allen Leserinnen und Lesern sagen wir herzlichen Dank für die Verbundenheit zu unserer Gewerkschaft. Ihnen allen, Ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten wünschen wir eine glückliche, erholsame und friedvolle Weihnachtszeit und alles Gute für 2022.

Ein ganz besonderer Gruß gilt denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die über die Feiertage im Dienst für unser aller Sicherheit sorgen.



© DPoIG BW

> Gemeinsam ehrten die Vorsitzenden Dirk Preis und Ralf Kusterer Mitglieder für 25- beziehungsweise 40-jährige Zugehörigkeit zur DPoIG. 25 Jahre in der DPoIG-Familie dabei sind: Markus Bank, Matthias Förderer, Sascha Böhme, Melanie Fischer, Daniela Hertweck, Holger Heselschwerdt, Torsten Ramsteiner, Ute Rittler, Desiree Unser, Jörn Hinrichsen, Jürgen Jung, Rene Rathman, Marc Sator, Tanja Sator, Joseph Wanyer. Eine Ehrung für 40-jährige Treue erhielten: Martin Ehinger, Werner Gottfried, Winfried Knobelspies, Udo Knopf, Peter Oberle, Michael Reiß, Reinhold Schell, Hubert Burgert, Rolf Emig, Dieter Fröhlich, Uwe Holzer, Ruth Huber, Günter Huck, Karl-Heinz Huck, Wolfgang Knödler, Ralf Mayer, Jörg-Uwe Peter, Dieter Pickardt, Hans Schweitzer, Marlon Velten

Jahreshauptversammlung Kreisverband Baden-Baden/Rastatt/Bühl – Dirk Preis im Amt bestätigt

Am Donnerstag, den 21. Oktober 2021, fand im Hotel Kohlers Engel in Vimbuch die Jahreshauptversammlung (JHV) des Kreisverbandes Baden-Baden/Rastatt/Bühl statt. Der Vorsitzende Dirk Preis konnte neben dem Ehrevorsitzenden Eberhard Wetzel auch den Landesvorsitzenden Ralf Kusterer begrüßen. Aus dem politischen Bereich waren die Regierungspräsidentin von Karlsruhe, Sylvia Felder, und der Finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Tobias Wald, der Einladung der DPoIG gefolgt.

In seinem Tätigkeitsbericht gab Dirk Preis einen Rückblick über den vergangenen Berichtszeitraum. War man bei der JHV 2019 noch mit voller Terminplanung gestartet, wurde man im Frühjahr 2020 durch die Pandemie ausgebremst. Der Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen musste fast vollständig auf digitalem Weg aufrechterhalten werden. Die turnusmäßigen Gespräche mit Landes- und Bundestagsabgeordneten fanden ebenfalls nur auf digitaler Ebene statt.

Dirk Preis machte keinen Hehl daraus, dass man enttäuscht war, als man den Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung in den Händen hielt. Es wurde zwar einiges aufgenommen, aber mit dem Antidiskriminierungsgesetz und der Kennzeichnungspflicht rückte gleichzeitig ein deutliches Misstrauen gegenüber den Polizeibeschäftigten in den Fokus. Politische Beschwichtigungsversuche bezeichnete der Vorsitzende als Augenwischerei und sicherte zu, den weiteren Prozess eng und vor allem kritisch zu begleiten.

Preis gab einen Überblick über aktuelle Themen und Forderungen der Polizei. Aktuell angedachte neue „Baustellen“ wie Veränderungen unter anderem bei den Schichtdienstmodellen erteilte er eine klare Absage. Wichtiger sei es, längst eingeforderte Verbesserungen für gute Arbeit endlich durchzuführen. Hier erwähnte er mehr Personal, Reduzierung der 41-Stunden-Woche und Zulagen. Zur Finanzierung der

Forderungen schlug Preis vor, das Geld zu nehmen, was das Land seit Jahren an circa zehn Prozent unbesetzten Stellen bei den Polizeipräsiden einspart.

In diesem Zusammenhang richtete Preis seinen Dank an alle Mandatsträger auf Kreis- und Bezirksebene. Dem Landesvorsitzenden Ralf Kusterer und seiner Landesleitung in Stuttgart bescheinigte er hervorragende Arbeit. Preis sicherte den Mitgliedern zu, auch weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Mitgliederbetreuung zu legen.

Regierungspräsidentin Felder fühlte sich sichtlich wohl im Kreis der Polizei, für deren Arbeit sie sich stellvertretend bei den Anwesenden bedankte. Mit ihrem Blick aus dem Regierungspräsidium auf die Blaulichtberufe und die Zusammenarbeit mit ihnen zeigte sie sich sehr zufrieden und dankbar. Die jüngste Katastrophe im Ahrtal, bei deren Bewältigung zahlreiche Helfer aus dem Regierungsbezirk unter-

stützten, zeige die große Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in der Gesellschaft und im Staat einzubringen. Wohlgehört wurde dabei die Zusage, sich auch für besondere Problemstellungen der Polizei vor Ort einzusetzen und dafür stets ansprechbar zu sein. Wobei dieses Versprechen wohl schon in der Vergangenheit mehrfach eingelöst wurde, was der Vorsitzende bestätigen konnte. Man spürte, dass die Regierungspräsidentin in der Region bestens vernetzt und geerdet ist.

Der Finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Wald, stellte seine und die Erfolge der Landesregierung dar, die unmittelbare Auswirkungen auf den Wahlkreis und die Polizei in Offenburg hätten. Dabei verteidigte er die „Kröten“, die man bei den Koalitionsverhandlungen schlucken musste, und sah die Notwendigkeit der CDU, sich in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger zu stellen und den Regierungsauftrag anzunehmen. Er verteidigte auch die Ent-



scheidung, eine Kennzeichnungspflicht für geschlossene Einsatzeinheiten und ein Antidiskriminierungsgesetz für den gesamten öffentlichen Dienst einzuführen. Letztlich sagte er zu, sich trotz geringer Haushaltsmittel und schwieriger Finanzlage weiterhin für die Polizei einzusetzen.

Nach den Berichten des Schatzmeisters und der Kassenprüfer wurde die Vorstandschaft einstimmig entlastet. Bei den anstehenden Neuwahlen wurden für die kommenden fünf Jahre gewählt (siehe Kasten).

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer ging in seinem Be-

| | |
|--------------------------------|---|
| Kreisvorsitzender | Dirk Preis |
| Stellvertretender Vorsitzender | Uwe Holzer und Andreas Faber |
| Kreisgeschäftsführer | Raphael Warth |
| Schatzmeisterin | Sabrina Kilgus |
| Frauenbeauftragte | Julia Diefenbacher |
| Tarifbeauftragte | Anita Ludwig |
| Seniorenbeauftragte | Rüdiger Geiger und Roland Herr |
| Kassenprüfer | Andreas Jörgler und Matthias Förderer |
| Vertrauenspersonen | Reinhold Schell, Ralf Schulz, Andreas Jörgler, Raphael Warth, Nadine Bandleon, Reiner Merkel, Sabine Sonder |

richt auf aktuelle Themen ein, versprach dabei zwar zu Beginn seiner Rede dem anwesenden CDU-Abgeordneten, ihn schon als Dank für dessen

Kommen schonen zu wollen, ging dann aber bei seinen Ausführungen zur Landespolitik insbesondere mit der CDU hart ins Gericht. Bei seiner

Tour durch die Bundes- und Landespolitik machte er deutlich, dass er durchaus Sympathie für eine personelle Erneuerung der CDU finde. Kusterer wörtlich: „Wenn Herr Minister Strobl seine Parteiämter auf der Bundes- und der Landesebene aufgibt, kann er sich wie seine Polizeibeschäftigten mit voller Hingabe, ganzer Kraft und uneigennützig seinem Amt widmen. Wir haben genügend Baustellen in der Polizei und im Ministeriumsbereich. Seine unumstrittene Kompetenz, sein politisches Gespür und seine ungeteilte Aufmerksamkeit können uns nur weiter nach vorne bringen.“

Intensiver Austausch mit Staatssekretär Wilfried Klenk

Am 4. November 2021 begrüßte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer Staatssekretär Wilfried Klenk auf der DPoIG-Landesgeschäftsstelle. Nach einem Rundgang durch die „Baustelle“ im obersten Stock der Landesgeschäftsstelle widmeten sich beide in einem mehr als zweistündigen Gespräch den Baustellen der Polizei und der Innen- wie auch Finanzpolitik.

Staatssekretär Klenk ist seit dem 23. April 2018 Politischer Staatssekretär im Innenmi-



> Sarah Leinert, Wilfried Klenk, Ralf Kusterer (von links)

nisterium und kümmert sich schwerpunktmäßig um die Bereiche Polizei, Innere Sicherheit sowie das Rettungswesen, die Feuerwehren und den Bevölkerungsschutz. Mit ihm verbinden die DPoIG und die DPoIG-Gremien seither eine enge und offene Zusammenarbeit. Staatssekretär Klenk genießt in der Polizei

einen ausgezeichneten Ruf, auch weil er mit großer Kompetenz, aber auch gutem Fingerspitzengefühl die Probleme und Herausforderungen angeht. Ein Mann des offenen Wortes, der stets auch Handlungswillen zeigt und nichts ausspart. In diesem Sinne fand auch der intensive Austausch unter vier Augen

statt. Am Ende hatten beide Gesprächsteilnehmer nicht nur Informationen ausgetauscht, sondern auch einige Themen auf der To-do-Liste stehen. Brauchen doch beide auch die gegenseitige Unterstützung, um gemeinsam Ziele und damit insbesondere Verbesserungen für die Polizei zu erreichen.

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

Nach 34 Jahren Wechsel an der Spitze des Ortsverbandes Feuerwehr Reutlingen

Vor 34 Jahren wurde der Ortsverband FW Reutlingen gegründet.

Und noch heute sitzen die Gründungsmitglieder am Tisch, wenn der Vorsitzende Hans-Joachim Wezel zur Jahreshauptversammlung einlädt. Zahlreiche Mitglieder waren der Einladung am 4. November 2021 in die Guts-gaststätte Alteburg in Reutlingen gefolgt. Erfreut konnte Kollege Wezel den Landesvorsitzenden Ralf Kusterer, den Landesbeauftragten für die (Berufs-)Feuerwehr, Oliver Walther, sowie Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert begrüßen.

Nach einem umfassenden Geschäfts- und Kassenbericht erfolgte die einstimmige



Ralf Kusterer, Dietrich Knobloch, Hans-Joachim Wezel, Martin Reicherter, Jörg Brändle, Oliver Walther, Sarah Leinert, Hartmut Möck (von links)

ge Entlastung. Bei den anstehenden Wahlen wurde Jörg Brändle einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Weiter im Team sind die Kassenprüfer Hartmut Möck und Hans-Willi Hessner sowie Schatzmeister Dietrich Knobloch

und Seniorenbeauftragter Hans-Joachim Wezel.

Bei ihren Vorträgen gingen Oliver Walther und Ralf Kusterer auf die aktuellen berufspolitischen und feuerwehrpolitischen Ent-

wicklungen ein. In einer regen Diskussion, bei der auch die juristischen Bewertungen von Sarah Leinert gefordert waren, endete die Jahreshauptversammlung mit Ehrungen bei einem gemütlichen Beisammensein. ■

Spitzengespräch der DPoIG mit der Fraktionsspitze der Grünen

Am Abend des 8. November 2021 trafen sich der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Andreas Schwarz MdL, und dessen stellvertretender Fraktionsvorsitzender und amtierender Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg, Oliver Hildenbrand, mit dem DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer, dessen Stellvertreter Oliver Auras sowie der Justiziarin und DPoIG-Geschäftsführerin Sarah Leinert zu einem Spitzengespräch auf der DPoIG-Landesgeschäftsstelle.

■ Heiße Themen

Auch wenn es einige Themen gibt, wie die Kennzeichnungs-

pflucht und das Antidiskriminierungsgesetz, bei der man unterschiedlicher Meinung ist, galt es gerade diese zu disku-

tieren und Alternativvorschläge wie beim Gesetzgebungsverfahren zum Antidiskriminierungsgesetz und die Forderungen der DPoIG darzulegen. Dabei ging das Interesse der Grünen-Spitzenvertreter weit über ein höfliches Zuhören hinaus, was den ernsthaften Willen zu einer inhaltlichen Diskussion unterstreicht.

■ Keine Eile und Zweifel an der Notwendigkeit der Arbeitszeitänderung im Schichtdienst

Wie gut der Austausch mit der polizeilichen Basis und die Be-

ratung durch die DPoIG ist, zeigt das Thema Arbeitszeit im Schichtdienst. Offensichtlich wurde dieses Thema in den Koalitionsverhandlungen eher mit dem Unterton einer hohen Unzufriedenheit über das aktuelle Schichtdienstmodell diskutiert. Und da war nicht nur ein „Aufhorchen“ wahrnehmbar, sondern Fraktionschef Schwarz sah eine höhere Eile beim Lebensarbeitszeitkonto, dem sich das Innenministerium zuwenden sollte, als bei irgendwelchen Schichtdienstmodellen. Sein Vize Hildenbrand sah überhaupt keine Dringlichkeit bei diesem Thema und sah bei den vom



› Sarah Leinert, Oliver Hildenbrand, Ralf Kusterer, Andreas Schwarz, Oliver Auras (von links)

DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer damit verbundenen Erwartungen auf Verbesserungen bei den Zulagen eher weniger bis keinen Spielraum. Einig waren sich dabei alle, dass man der Polizei nicht nur „Negatives“ zumuten könne.

› **Wiederbesetzungssperre**

Die DPoIG-Gesprächspartner forderten mit Blick auf die Haushaltsberatungen und die Funktionsfähigkeit der Polizei die Streichung der Wiederbesetzungssperre für die Polizeitarifbeschäftigten. Nachdem bislang die erforderlichen Haushaltsmittel nicht eingeplant sind, droht diese Sperre ab 1. Januar 2022 zu greifen. Zeit für eine Streichung ist jetzt in den Haushaltberatungen.

› **Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst**

Manchmal sind es auch die Themen, die im Bereich der Exekutive, hier dem Innenministerium, liegen, die erst in einem späteren Verlauf die politische Befassung erreichen. So bei der Evaluation der Ausbildung. Die Forderung der DPoIG zur Verkürzung der Praktika im mittleren Dienst auf sechs Mo-

nate konnten die Parlamentarier nicht nur nachvollziehen, sondern vielmehr stimmten sie zu, dass Bildung der Sockel für jedwede Wertediskussion ist und eine qualifizierte Ausbildung dazu dienen müsse, die Polizeianwärter optimal auf die späteren Aufgaben vorzubereiten. Nach Auffassung des Innenexperten Hildenbrand müssen dabei auch die physischen und psychischen Belastungen Beachtung finden. Offensichtlich ist es den DPoIG-Diskutanten gelungen, zu verdeutlichen, warum die Polizei eine „Qualitätsoffensive“ benötigt, die im Übrigen auch die Fortbildung beinhalten muss.

› **Personaldefizite**

Unterlegt mit aktuellen Zahlen, die auf großes Interesse der Grünenpolitiker stießen, unterstrichen Oliver Auras und Ralf Kusterer den dringenden Personalbedarf und das Festhalten an 1.400 Einstellungen pro Jahr. Wenn man im Jahr 2022 nur 1.340 Polizeianwärter einstellt, benötigt man in den folgenden Jahren mehr als 1.400 Einstellungen, um die Ziele zu erreichen. Wie so oft sind dabei die persönlichen Betroffenheiten entscheidend

und MdL Schwarz war schon davon beeindruckt, dass das Personaldefizit innerhalb des Polizeipräsidiums so hoch ist. Offensiv stellte er dabei die Frage, was denn mit dem zu 100 Prozent für das Personal ausgezahlten Mittel passiere, wenn nur 90 Prozent der Gelder dafür benötigt würden. Ein Punkt, den er sich notierte, zumal die DPoIG die Auffassung vertritt, dass die Polizeibeschäftigten seit Jahren zur Konsolidierung der Haushalte beitragen und man wichtige Personalausgaben, wie bei der Wiederbesetzungssperre, selbst bezahle.

› **Was tun die Grünen „Gutes“ für die Polizei?**

Neben vielen weiteren Punkten stellte Ralf Kusterer die Frage danach, was die Grünen denn „Gutes“ für die Polizei täten, außer vielen – zumindest gefühlt – negativen Veränderungen. Diese Fragestellungen führten zu einem intensiven Diskurs über die Belastungen der Polizei, die man vermutlich nicht umgehen kann, aber Bewältigungsstrategien und Fürsorgemaßnahmen andenken sollte. Für MdL Hildenbrand, von Haus aus Master of Science mit einem

Studium der Psychologie an der Universität Bamberg und der Universität Bonn, sind Belastungsthemen und psychische Erkrankungen kein fremdes Themenfeld. Erfreut nahmen die DPoIGler seine Ausführungen und Bereitschaft für diese Themenfelder auf und freuen sich dabei auf den weiteren Diskurs.

Wenn man das Gespräch resümiert, muss man feststellen, dass die Grünenpolitiker sich teilweise erheblich von manchen anderen Politprofis unterscheiden. Zumindest diese beiden. Keine abgedroschenen Politfloskeln, wie Kröte schlucken und Selbstlob, mit ständiger Beteuerung, wie gut man sei, ohne gefühlte reale Aktionen. Vielleicht bestehen deshalb eine so gute menschliche Ebene und ein guter Austausch seit vielen Jahren zum aktuellen Landesvorsitzenden Oliver Hildenbrand, der seit acht Jahren die Partei führt und mit einer strikten Trennung von Amt und Mandat erst jetzt für den Landtag kandidierte, sowie mit dem Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz. Insofern haben alle fünf Gesprächsteilnehmer an diesem Abend erneut im wahrsten Sinne etwas für das „Klima“ getan. ■

Martin Schuler in den Ruhestand verabschiedet

Mit Wirkung vom 1. März 2021 begann für Martin Schuler der wohlverdiente Ruhestand. Nachdem aus Gründen der Pandemie bisher keine Verabschiedung stattfinden konnte, wurde diese jetzt am 23. September 2021 in würdigem Rahmen durchgeführt. Dazu hatte der Örtliche Personalrat des Polizeipräsidiums Freiburg im Rahmen einer Klausurtagung – quasi zur dienstlichen Verabschiedung – in die Vesperstube Geissenhof in Altglashütten eingeladen.

Nahezu der gesamte Personalrat und ehemalige Mitglieder des Personalrats hatten an der Verabschiedung teilgenommen. Dazu war der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer angereist, um die Verabschiedung als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei für die Personalratstätigkeit sowie seitens der DPoIG für die Tätigkeit in verschiedensten Gremien und aus den verschiedensten Funktionen heraus vorzunehmen.

Für den Örtlichen Personalrat beim Polizeipräsidium Freiburg nahm dies dessen Vorsitzender Matthias Lüber vor. Lüber wörtlich: „Mit seinem Einsatz und als Freund klarer Worte hat er sich auch in der Belegschaft eine große Anerkennung verdient. Nach 46 Berufsjahren, hiervon 39 Jahre in der Polizei, geht Martin Schuler jetzt in seinen wohlverdienten Ruhestand.“

Mit 18 Jahren hatte Martin Schuler die Abschlussprüfung zum Kaufmann im Groß-/Einzelhandel abgelegt. Nach Entwicklungsstationen in seinem erlernten Berufsbild bewarb er sich 1982 als „Angestellter in der Datenerfassung“ bei der Kriminalpolizei Freiburg, dem damaligen Dezernat 9.



Thomas Gsell, Claudia Schuler, Martin Schuler, Ralf Kusterer, Thomas Braun

1993 wurde er als Angestelltenvertreter in den Örtlichen Personalrat der Polizeidirektion Freiburg gewählt. 1997 erweiterte er seine örtlichen und fachlichen Zuständigkeiten mit einem zusätzlichen Engagement im Hauptpersonalrat der Polizei, bereits hier teilweise mit Freistellungen von seiner dienstlichen Tätigkeit. Nach den Personalratswahlen im Jahr 2001 war Martin Schuler in allen drei Personalratsstufen der Polizei zu finden; er wurde Mitglied im Haupt-, Bezirks- wie auch im Örtlichen Personalrat der PD Freiburg, in den letztgenannten Gremien zusätzlich als Vorstandsmitglied und Sprecher für die Tarifbeschäftigten. Mit der Polizeistruktureform 2014 übernahm Martin Schuler Verantwortung im Übergangspersonalrat, bevor er bei den Personalratswahlen 2014 und 2020 erneut in den Hauptpersonalrat und in den Örtlichen Personalrat beim Polizeipräsidium Freiburg gewählt wurde und zwischenzeitlich als dienstältestes Mitglied bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand aktiv war.

Ralf Kusterer würdigte dieses Engagement im Personalrat mit der Verleihung einer Ehrenurkunde des Hauptpersonalrats der Polizei beim Minis-

terium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen.

Erwähnenswert ist an dieser Stelle auch sein Engagement als ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht Freiburg und beim Landesarbeitsgericht in Stuttgart, bei dem er seine langjährigen Erfahrungen in der Rechtsfindung einsetzen konnte.

Bereits 1991, also vor 30 Jahren, engagierte sich Martin Schuler in der Deutschen Polizeigewerkschaft und dort im besonderen Maße im Tarif- und Arbeitsrecht. Die Tarifvertretung lag ihm am Herzen. Von der regelmäßigen Teilnahme an den verschiedensten Gremien bis hin zur Koordination und Organisation von Gewerkschaftstagungen, Arbeitgeberausschusstagungen, Tarifarbeitsgruppen, Teilnahme an Sitzungen der Tarifkommissionen, auch auf Bundesebene, war Martin Schuler ein Aktivposten der DPoIG.

Als „Mr. Nichtvollzugskonzept“ hat sich Martin Schuler bis in die höchsten politischen Ebenen nach dem Ministerratsbeschluss von 1998 und der folgenden Umsetzung der Reorganisation einen Namen gemacht.

Durch seinen unermüdlichen Einsatz für den Tarifbereich entwickelte er sich zum „Schreck“ auf polizeilicher und politischer Führungsebene. Zahlreiche Verbesserungen bei der Anzahl der „vorzeitigen Aufstiege“ in den Entgeltstufen“ und im Kampf für eine bessere Bezahlung konnte er erreichen. Zunächst in den Datenstationen und dann in anderen Bereichen.

Große Verdienste leistete Martin Schuler im Aufbau der Landes- und Bundestarifvertretung. Zuerst auf der Ebene der Kreis- und Ortsverbände, später mit der Bildung von Bezirkstarifvertretungen und dann bei der Bildung der Landestarifvertretung und ihrer Gremien. Dazu zählt auch die satzungsgemäße Aufstellung einer erfolgreichen Landestarifvertretung, wie wir sie heute nahezu konkurrenzlos in Baden-Württemberg haben.

Dabei hatte er nachfolgende Funktionen inne, die er mit dem Tag der Verabschiedung aufgibt. Kreis-, Bezirks- und Landestarifbeauftragter, stellvertretender Bundes- und Landestarifbeauftragter sowie Vorsitzender des Arbeitnehmerausschusses im BBW Beamtenbund Tarifuni-



on. Dabei war er Mitglied im DPoIG-Landes- und Landeshauptvorstand, im Landes- und -hauptvorstand des BBW Beamtenbund Tarifunion sowie Mitglied des DPoIG-Bundeshauptvorstandes.

Für seine großen Verdienste wurde er beim Landeskongress 2019 mit der Ernennung „Ehrenmitglied des Landesverbandes“ ausgezeichnet. Innerhalb der Landes- und Bundestarifvertretung wurde er bereits verabschiedet, dessen Manda-

te mit der Verabschiedung jetzt endeten.

Ralf Kusterer übergab als Dankeschön Martin Schulers Frau Claudia einen Blumenstrauß und brachte zum Ausdruck, dass er sich darüber freue, wenn

sie jetzt – zumindest teilweise – die Arbeit fortsetze. Martin Schuler überreichte er ein Abschiedsgeschenk des Landesverbandes, verbunden mit einem herzlichen „Vergelt’s Gott“ und den besten Wünschen für den Ruhestand. ■



Bezirkstagung Kreisverband Konstanz – Andreas Herzog zum neuen Vorsitzenden gewählt

Am 26. Oktober 2021 fand die DPoIG-Bezirkstagung Konstanz im Hotel „Sättle“ in Steißlingen statt, an der auch Landesvorsitzender Ralf Kusterer und sein Stellvertreter im Hauptpersonalrat der Polizei, Dirk Preis, teilnahmen. Der Geschäftsbericht von Jörg Kluge hatte – trotz der „COVID-19-Zeiten“ einige positive Nachrichten. So etwa die tolle Mitgliederentwicklung im Bezirksverband, oder die funktionierende Mitgliederbetreuung. Aber natürlich auch ein herausragendes Ergebnis bei den Personalratswahlen 2020, bei denen Andreas Herzog auf Anhieb den Sprung in den Hauptpersonalrat geschafft hat, und die Mehrheiten im Örtlichen Personalrat, an der

Spitze mit Michael Oehler, die ausgebaut wurden.

Ein wesentlicher Tagesordnungspunkt der Sitzung war die Neuwahl des Bezirksvorsitzenden. Einstimmig wurde hier Andreas Herzog vom KV Konstanz zum neuen Vorsitzenden des Bezirksverbandes Konstanz gewählt. Damit übernahm er nach kurzer Auszeit erneut den Bezirksvorsitz Konstanz, dessen Kreisverbände sich mit der Reform verändert haben, aber in den vergangenen zwei Jahren gut zusammengewachsen sind.

Ralf Kusterer bedankte sich bei dem scheidenden Vorsitzenden Jörg Kluge, der bereits seit einiger Zeit die Pflege der Internetseite übernommen hat

und den Landesverband auch weiterhin bei diesem Thema unterstützt. Andreas Herzog wünschte er eine glückliche Hand und brachte zum Ausdruck, dass er sich über die Fortsetzung der herausragenden Zusammenarbeit bedanke.

In seinem Bericht zur Lage ging Ralf Kusterer ausführlich auf die aktuelle gewerkschaftliche und auch politische Situation ein. Er sprach viele Bereiche (zum Beispiel: Stellenbesetzungen, Beförderungen, Arbeitszeit im Schichtdienst, interne Situation wie die Renovierung/Erweiterung der Landesgeschäftsstelle et cetera) an, auch die anschließende Diskussion war sehr lebhaft. Die Kolleginnen und Kollegen sparten nicht mit Kritik zu einer

verkorkten Wertediskussion, des schlechter werdenden Images des Innenministeriums und der fehlenden politischen Unterstützung. Dazu gehörte auch die Kritik zur Einkommensrunde für die Tarifbeschäftigten, die seit Jahren kaum Perspektiven erhalten.

Andreas Herzog schloss die Versammlung und bedankte sich bei allen Aktiven in den Kreisverbänden sowie bei seinem Vorgänger. Er bat darum, der Geschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert die besten Grüße und den Dank an die Landesgeschäftsstelle für die gute Zusammenarbeit zu übermitteln. Die Geschäftsstelle sei ein Fels in der Brandung – auch bei schwerem Sturm – und von unschätzbarem Wert. ■



DPoIG-Erfolg: Wiederbesetzungssperre für Tarifbeschäftigte verhindert!

In den vergangenen Haushaltsjahren konnte die sogenannte Wiederbesetzungssperre für Tarifbeschäftigte in der Polizei ausgesetzt werden. Leider war ein erneutes Aussetzen oder ein gesamter Verzicht, wie von uns stets gefordert, für das Jahr 2022 nicht vorgesehen. Ab 1. Januar 2022 hätten freie Tarifstellen nicht besetzt werden können.

In den vergangenen Wochen haben wir öffentlich, die Presse berichtete, die Streichung der Wiederbesetzungssperre für Tarifbeschäftigte gefordert und in zahlreichen politischen Gesprächen, zuletzt am 8. November 2021 mit der Fraktionsspitze der Grünen, über den Wegfall verhandelt.

Am 16. November 2021 erreichte uns nach den nächtlichen Beratungen der Haushaltsstrukturkommission die Information aus der CDU-Fraktion, dass die Wiederbesetzungssperre (Kosten 6,4 Millionen) gefallen sei. Vermutlich sogar insgesamt und nicht nur für den Haushalt 2022.

Erneut ein Erfolg der DPoIG für die Polizei und unsere Tarifbeschäftigten!



> Edmund Schuler

© DPoIG BW

DPoIG fordert Eingangsamt A 8 und A 10 – auch für die Verwaltung

Vor dem Hintergrund der gerichtlich zur Alimentation entschiedenen und damit rechtlich unzulässigen Besoldung der unteren Besoldungsgruppen fordert die DPoIG seit Beginn der Rechtsstreitigkeiten Änderungen in der Besoldung, Beihilfe und den Familienzuschlägen.

Jetzt hat die DPoIG-Landesverwaltungsbeauftragte Natascha Hildenbrand die Forderungen konkretisiert und darauf hingewiesen, dass es nicht nur um Polizeivollzugsbeamte beziehungsweise -beamtinnen geht, sondern um alle Beamten. Die klare DPoIG-Forderung lautet: „Eingangsamt A 8 und Endamt A 10 plus Zulage für den mittleren Dienst sowie Eingangsamt A 10 im gehobenen Dienst.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat in den vergangenen Wochen zahlreiche politische Gespräche geführt, die auf eine solche Lösung hindeuten.



© DPoIG BW



Trauer um Edgar (Eddy) Backhaus

Die Deutsche Polizeigewerkschaft trauert um ihr Mitglied Edgar Backhaus, der am 30. Oktober 2021 im Alter von 80 Jahren verstorben ist.

Das Ehrenmitglied im Kreisverband Freiburg, Eddy Backhaus, hat nach seinem Eintritt in die DPoIG im Januar 1963 diese entscheidend mitgestaltet. Über Jahre hinweg trug er als stellvertretender Kreisvorsitzender Verantwortung.

Eddy Backhaus hat sich um die Personalratsarbeit in der DPoIG verdient gemacht. Im Mai 1981 wurde er erstmalig in den Personalrat der damaligen Polizeidirektion Freiburg gewählt. 1985 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden im Örtlichen Personalrat gewählt. 1993 hat er den Vorsitz übernommen. Gleichzeitig setzte er sich im Bezirkspersonalrat der Polizei im Regierungspräsidium Freiburg beispielhaft für die Beschäftigten der Polizei ein. Mit seinen fundierten und ausgezeichneten Kenntnissen im Personalvertretungsrecht war er für viele DPoIG-Personalräte Mentor und Ratgeber zugleich. Für die heutige kompetente DPoIG-Personalratsarbeit hat er das Fundament mit gesetzt.

Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand im August 2001 blieb er der DPoIG treu und nahm im vergangenen Jahr noch an Demonstrationen für die Tarifierhöhung teil.

Wir werden Edgar (Eddy) Backhaus ein ehrendes Gedenken bewahren.



© DPoIG BW